

Undichte Stelle bleibt vorerst unentdeckt

Ermittlungen gegen Generalstaatsanwalt wegen Geheimnisverrats eingestellt

VON PETER MLODOCH

Hannover. Um punkt 11.00 Uhr saß Generalstaatsanwalt Frank Lüttig am Montag wieder an seinem Schreibtisch in Celle. Die über dreimonatige Zwangspause war zu Ende, die Staatsanwaltschaft Göttingen hat die Ermittlungen gegen Lüttig wegen mehrfachen Geheimnisverrats mangels hinreichenden Tatverdachts eingestellt. Dem Celler Chefermittler war vorgeworfen worden, vertrauliche Informationen und Akten aus den Strafverfahren gegen Ex-Bundespräsident Christian Wulff wegen Korruption und den ehemaligen SPD-Bundestagsabgeordneten Sebastian Edathy wegen Kinderpornografie an Medien durchgesteckt zu haben.

„Ich bin sicher, dass die vertrauensvolle Zusammenarbeit mit Herrn Lüttig wieder aufgenommen wird“, erklärte Justizministerin Antje Niewisch Lennartz (Grüne) im Rechtsausschuss des Landtags. Gleichzeitig wies sie Rücktrittforderungen von CDU und FDP, weil sie den Topjuristen am 20. Februar im Landtag „öffentlich an den Pranger gestellt“ habe, umgehend zurück. Sie sei nur ihrer Pflicht nachgekommen, die Abgeordneten rechtzeitig über die Aufnahme der brisanten Ermittlungen zu informieren.

Lüttig zeigte sich erleichtert über das Ende der Ermittlungen. „Aber daran habe ich auch immer geglaubt, weil ich ja wusste, dass ich unschuldig bin“, sagte der Generalstaatsanwalt in einem Gespräch mit unserer Zeitung. „Ich kann aufrecht durch die Gänge gehen.“ Daher falle ihm die Wiederaufnahme seiner – während der Ermittlungen ruhenden – Tätigkeit leicht, nicht zuletzt dank der „phantastischen Unterstützung meiner Mitarbeiter hier im Haus“, die immer zu ihm gestanden hätten.

21 einzelne Tatkomplexe hatten die Göttinger Ermittler nach der Strafanzeige eines Bonner Rechtsanwalts betrachtet. Acht wurden schließlich genauer unter die Lupe genommen, etwa die Weitergabe des Antrags auf Aufhebung der Immunität Wulffs, Informationen über dessen Restaurantbesuch auf Capri oder des Berichts des Landeskriminalamtes über die Ermittlungs-

ergebnisse gegen Edathy. „In jedem Fall kommen auch andere, unterschiedliche Personen als Täter in Betracht“, sagte der Leiter der Staatsanwaltschaft, Stefan Stendenroth, vor dem Parlamentsgremium.

Sein mit den Ermittlungen direkt betrauter Kollege Thorben Asmus bekannte, dass er Anfangs das Gefühl gehabt habe, „aus der Nummer kommt der nicht mehr raus“. Nach der persönlichen und schriftlichen Befragung von sieben Zeugen habe sich das aber dann zu Gunsten des Beschuldigten ganz anders dargestellt. „Sämtliche Vernehmungen seit Februar haben nur Entlastendes erbracht.“ Lüttig berichtete, dass er im Verfahren „einen großen Teil der Vorwürfe selbst widerlegt“ habe.

Das Leck in der niedersächsischen Justiz bleibt damit vorerst unentdeckt. Es gebe keinen Anfangsverdacht gegen andere Personen, betonte Oberstaatsanwalt Stubenroth. Man habe dabei auch Wulffs Buch „Ganz oben, ganz unten“ zur Kenntnis genommen. Darin äußert der Ex-Bundespräsident unverhohlen den Verdacht, dass sein langjähriger Widersacher, Niedersachsens damaliger Justizminister und heutiger Landtagspräsident Bernd Busemann (CDU), hinter den Durchstechereien stecken könne. Für SPD-Parlamentsgeschäftsführer Grant Hendrik Tonne ein Grund, nach Aufklärung auf politischem Feld zu rufen. „Ich schließe einen Untersuchungsausschuss dabei ganz ausdrücklich nicht aus.“ Zunächst werde man aber Akteneinsicht beantragen.

CDU-Parlamentsgeschäftsführer Jens Nacke und FDP-Fraktionsvize Stefan Birkenner bekräftigten ihre Forderung nach einem Rücktritt von Niewisch-Lennartz. „Trotz einer sehr, sehr dünnen Beweislage hat die Ministerin ein führendes Mitglied der Justiz breitestmöglich diskreditiert“, schimpfte Nacke. Und jetzt komme kein Wort der Entschuldigung, komme kein Wort des Bedauerns. Die Bekundung, die Ministerin wolle nun „vertrauensvoll“ mit dem Generalstaatsanwalt zusammenarbeiten, sei mehr als zynisch.

Grant Hendrik Tonne, MdL
Pressedokumentation
Weser Kurier
02.06.2015

